

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 27. JANUAR 2021



## STUDIERENDE IM LAND BREMEN SOLLEN WEITERE UNTERSTÜTZUNG ERHALTEN

**Studierenden soll in der Corona-Pandemie geholfen werden. Aus diesem Grund hat die Bürgerschaft einen Gesetzentwurf in erster Lesung beschlossen, der für sie im Land Bremen eine Reihe von Verbesserungen bereithält. „Den wohl entscheidendsten Punkt bildet dabei die Regelung zum BAföG“, betonte Janina Brünjes, wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, in ihrer Rede. „Die sogenannte individuelle Regelstudienzeit kann um zwei Semester verlängert und die Studierenden können somit abgesichert werden. Denn BAföG-Leistungen können nun unbürokratisch weitere Semester abgezahlt werden.“**

Zudem werde durch den Gesetzentwurf die Möglichkeit eröffnet, die Regelung per Verordnung pandemiebedingt auch noch um ein weiteres Semester zu verlängern. „Wir finden es richtig, dass hiermit auch die Förderungshöchstdauer in Gänze berücksichtigt ist“, so die Sozialdemokratin weiter.



Janina Brünjes

Die Corona-konforme Lehre an Universitäten kommt zudem nicht ohne Prüfungen

aus – diese werden jedoch, ähnlich wie Seminare und Vorlesungen, nahezu komplett digital abgehalten. Neben Fristen und Freiversuchen regelt der Gesetzentwurf auch ein sensibles Thema: den Datenschutz. „Ein großer sozialdemokratischer Erfolg ist die gesetzliche Regelung von digitalen Prüfungsformaten“, erklärt Brünjes. „Die Hochschulen im Land Bremen haben bei der Digitalisierung der Lehre mit finanzieller Unterstützung des Landes Großartiges geleistet. Bei digitalen Prüfungsformen gibt es bislang aber eine Regelungslücke.“

„Als SPD-Fraktion haben wir daher bereits im Dezember eine Kleine Anfrage

an den Senat gerichtet, in der wir wissen wollten, wie etwa Fragen der Identifikation oder des Verhinderns von Täuschungsversuchen auch und vor allem im Kontext des Datenschutzes geregelt werden können“, fuhr die Bremerhavener Abgeordnete fort. „Dies hat nun bereits Erfolg gezeigt – zukünftig wird dies durch das Wissenschaftsressort oder die Hochschulen selbst geregelt.“

„Damit“, so Brünjes abschließend, „macht die Digitalisierung der Lehre einen weiteren wichtigen Schritt, und es werden die Grundlagen für rechtssichere digitale Prüfungsformate geschaffen.“

## ANTRAG **GUTSCHEIN-LÖSUNG** SOLL VERBESSERT WERDEN

Die Bürgerschaft will die Rechte von Verbraucher\*innen stärken, die Eintrittskarten für eine Veranstaltung erworben hatten, die wegen der Corona-Pandemie verschoben oder abgesagt werden musste. Sie beschloss heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, der den Senat dazu auffordert, sich für Verbesserungen bei der Gutschein-Lösung einzusetzen, die seit vergangenem Jahr in Kraft ist.

Diese Lösung sieht vor, dass Inhaber\*innen von Eintrittskarten für eine Veranstaltung bei einer pandemiebedingten Absage nicht mehr der Eintrittspreis erstattet werden muss, sondern, dass die Veranstalter stattdessen einen Gutschein in dieser Höhe ausstellen können. „Uns ist dabei bewusst, dass diese Gutschein-Lösung einen Eingriff in die Vertragsfreiheit darstellt“, sagte Ute Reimers-Bruns, Sprecherin für Verbrau-

cherschutz der SPD-Fraktion, in ihrer Rede. „Wir wollten aber nicht das Risiko eingehen, dass viele Veranstalter\*innen die Pandemie nicht überstehen. Und dieses Risiko hätte bestanden, wenn ohne gesetzliche Gutscheinlösung die Mehrzahl der Verbraucher\*innen ihren Rückzahlungsanspruch geltend machen würde.“



Ute Reimers-Bruns

Die Gutschein-Lösung berücksichtigt die Interessen der Veranstalter\*innen ebenso wie jene der Kund\*innen, sagte Reimers-Bruns. Trotzdem seien Verbesserungen an den derzeitigen Regelungen nötig.

So sieht der heute beschlossene Antrag unter anderem vor, dass die Gutscheine auf andere Personen übertragbar sein sollen, dass geprüft werden soll, ob eine staatliche Absicherung im Insolvenzfall im Zeitraum der Pandemie erfolgen kann, und dass die Härtefallregelung, bei der Kund\*innen schon jetzt ihr Geld zurückerhalten, präziser gefasst und im Zweifel für die Verbraucher\*innen ausgelegt wird.

Reimers-Bruns abschließend: „Uns ist es wichtig, dass die Verbraucher\*innen noch besser als bisher geschützt werden und die Interessen aller Beteiligten in eine faire Balance gebracht werden.“

**Antrag: Gutschein-Lösung – Verbraucher\*innen besser schützen**  
<http://bit.ly/gutschein-loesung>

## DEBATTE **KLARES BEKENNTNIS ZUR AUSSENWESERVERTIEFUNG**

Die Bürgerschaft hat heute in einer Aktuellen Stunde über die Vertiefung der Außenweser debattiert. Der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Zager, wies dabei Unterstellungen aus der Opposition zurück, dass es hierzu einen Streit in der rot-grün-roten Koalition gebe und stellte unmissverständlich klar: „Als SPD-Fraktion haben wir schon mehrfach betont, dass wir ohne Wenn und Aber für die Außenweservertiefung eintreten.“

Ein klares Bekenntnis zu dieser Maßnahme sei nicht zuletzt auch im Koalitionsvertrag festgehalten, erklärte der Sozialdemokrat. Aus ökologischen Gründen sei die Vertiefung der Außenweser zwar kritisch zu sehen, die Koalition erkennt aber an, dass es hier deutlich andere wirtschaftliche Aspekte gibt als bei einer Vertiefung der Unterweser südlich von Bremerhaven. Daher werde Bremen sein Einvernehmen für die Vertiefung der Außenweser geben. An dieser Haltung, so Zager, habe sich nichts geändert. Im Gegenteil: Die zuständige Behörde habe am 21. Januar den alten Planfeststellungsbeschluss aufgehoben, und damit überhaupt erst den Weg für ein beschleunigtes Verfahren frei gemacht.

Zager nutzte die Debatte auch, um noch einmal zu betonen, warum diese Maßnahme so eine große Bedeutung hat. „Die seeseitige Erreichbarkeit der bremschen Häfen ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Hafen- und Logistikwirtschaft, die einer Vielzahl von Bremer, Bremerhavener und Niedersächsischen Bürger\*innen Beschäftigung sichert“, sagte er. „Mit der Außenweservertiefung soll das Bremerhavener Containerterminal für große Seeschiffe leichter



Jörg Zager

erreichbar werden. In dieser Diskussion geht es insofern um nichts weniger als die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und insbesondere des Containerterminals in Bremerhaven entlang der Stromkaje. Die Wettbewerbsfähigkeit des Containerterminals ist angesichts der großen Konkurrenz der Nordrange und insbesondere Rotterdam und Antwerpen unbedingt umfassend zu fördern. Wir brauchen also die Außenweservertiefung – und das möglichst schnell.“

## ANTRAG **BÜRGERCHAFT HISST DIENSTFLAGGE DER BREMISCHEN SEESCHIFFFAHRT**

Am letzten Donnerstag im September ist der Weltschiffahrtstag. Und künftig wird zu diesem Anlass die Dienstflagge der bremschen Seeschiffahrt vor dem Gebäude der Bremischen Bürgerschaft gehisst. Das hat das Parlament heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen.

„Das Hissen der Landesdienstflagge der Bremischen Schiffahrt am Weltschiffahrtstag vor dem Gebäude der Bremischen Bürgerschaft würdigt die besondere Bedeutung der Schiffahrt für das Land Bremen“, sagte der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Zager, am Rande der heutigen Landtagssitzung.

„Die Bevölkerung kann und soll zudem dadurch auf die Seeschiffahrt als Leistungsträger im Rahmen der Weltwirtschaft aufmerksam gemacht werden“, erklärte der Sozialdemokrat und hob auch noch einmal den regionalen Bezug hervor: „Die Wurzeln Bremens und Bremerhavens liegen in der Schiffahrt.“